

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundeskongress

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A2NEU: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

Antragstext

1 Unselbstständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst im Mittel
2 deutlich mehr als der/die mittlere Beschäftigte in der Privatwirtschaft.
3 Zusätzlich werden deutlich weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte
4 und Arbeiter:innen. Dies liegt vor allem an den hohen Hürden einer Kündigung für
5 Staatsbedienstete. Ebenso sind Behörden und Ministerien sowie
6 privatwirtschaftliche Betriebe des Staates seit jeher ein Ort an dem,
7 Parteifunktionär:innen an die Spitze gesetzt werden, um den eigenen Einfluss zu
8 sichern. All dies behindert eine effiziente und kostengünstige Verwaltung
9 erheblich und dass obwohl Österreich jährlich [14.818.000.000\[2\]](#) an die aktiven
10 Staatsbediensteten bezahlt.

11 Daher fordern wir als Junge liberale Neos, dass das Dienstrecht im öffentlichen
12 Dienst liberalisiert und dem der Privatwirtschaft angeglichen wird. Wir fordern
13 die Umsetzung unserer drei Kernanliegen in diesem Bereich:

14 1. Ein schlanker Staat mit digitaler Verwaltung

15 Der österreichische Verwaltungsapparat ist aufgeblasen und deshalb teuer und
16 schwerfällig. Daher fordern wir JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich endlich
17 digital wird. Um unseren Bürgerinnen und Bürgern mühselige und zeitintensive
18 Amtswege zu ersparen, fordern wir, dass alle öffentlichen Dienstleistungen in
19 digitaler Form angeboten werden. Services sollen mittels ones-stop-shop bzw. no-
20 stop-shop abgewickelt werden können. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht
21 zwingend notwendige Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw
22 aufgelöst werden. In Österreich sind 16,7% im öffentlichen Dienst beschäftigt,
23 in Deutschland 13,6% und in Japan sogar nur 7,9%[\[3\]](#). Zusätzlich dazu fordern wir
24 ein Ende der de-facto Unkündbarkeit für alle Staatsbediensteten die nicht bei
25 Zoll, Militär, Polizei und Justiz arbeiten.

26 Nur so kann eine effiziente und kostengünstige Verwaltung garantiert werden.

27 **2. Ohne Parteibuch eine Funktion**

28 Bisher heißt es in Österreich ohne Parteibuch keine Funktion. Doch die
29 Verwaltung in Österreich gehört endlich entpolitisiert. Als liberale Menschen
30 sind wir überzeugt, dass nur die Qualifikation, Eignung und Leistung einer
31 Person über ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren
32 wie das Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw.

33 Außerdem muss die Möglichkeit, Bewerber:innen um ein öffentliches Mandat bei
34 vollen Bezügen für die Zeit des Wahlkampfes freizustellen, die nach
35 österreichischer Rechtslage teilweise noch immer besteht, lückenlos abgeschafft
36 werden.

37
38 Wir fordern daher neue Auswahlverfahren für Personalkommissionen, Personalleihen
39 nur in begründeten Ausnahmefällen, verpflichtende Hearings für
40 Leitungsfunktionen, die Entwicklung eines Einstiegstests ("Concours") für
41 Bewerber:innen bei Tätigkeiten, die eine akademische Ausbildung voraussetzen und
42 ein Verbot von Doppelfunktionen in Kabinetten und dem öffentlichen Dienst.

43
44 In weiterer Folge fordern wir auch die Abschaffung von Versorgungsposten bzw.
45 sogenannten Scheinjobs im öffentlichen Dienst.

46 Außerdem muss die Möglichkeit, Bewerber:innen um ein öffentliches Mandat ohne
47 Entfall der Bezüge für die Zeit des Wahlkampfes freizustellen, die nach
48 österreichischer Rechtslage noch immer besteht, verboten werden.

49 **3. Privatwirtschaftliches Gehaltsschema**

50 Der Staat konkurriert als Arbeitgeber am Arbeitsmarkt um die besten Köpfe, die
51 im Interesse der Republik dienen. Wir als Junge liberale NEOS fordern daher eine
52 Reform der Gehaltslogik im öffentlichen Dienst. Das System der Zulagen soll
53 modernisiert werden, sodass es tatsächliche Leistung transparent belohnt, aber
54 nicht selbstverständlich enthaltene Aufgaben der Kerntätigkeit mit Zulagen
55 verbessert."

56 Weiters fordern wir ein Ende der politischen motivierten Gehaltsgeschenke an die
57 Staatsbediensteten, da sie die Schuldenlast, die unsere Generation zu tragen
58 hat, unnötig erhöhen.

59
60 Anstatt von höheren Gehältern soll der Staat als Arbeitgeber andere Benefits
61 anbieten, wie flexiblere Arbeitszeiten oder Home Office, die in der
62 Privatwirtschaft auch üblich werden, um die besten Köpfe anzulocken.

63 [\[2\]](#)
64 https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal_des_Bundes_20-21.pdf

65 [\[3\]](#) Alle Zahlen aus dem Jahr 2019